

Satzung der Ökumenischen Kranken- und Bürgerhilfe Bernau e.V.

Vorwort:

Im Jahr 1988 haben sich Bernauer Bürger entschlossen, eine Ökumenische Kranken- und Bürgerhilfe zu gründen.

Sie soll eine selbstlose, auf gegenseitige Achtung von christlichen Motiven geprägte Zusammenarbeit schaffen und mildtätige Hilfe erbringen, ohne Ansehung der Person, Rasse oder Weltanschauung.

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen:

Ökumenische Kranken- und Bürgerhilfe Bernau e.V.

und hat seinen Sitz in Bernau a. Ch.

Der Verein ist assoziiertes Mitglied beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising.

§ 2 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§ 3 Zweck des Vereins

Der Verein leistet Hilfe für die Bewohner der Gemeinde Bernau a. Ch., insbesondere durch Altenpflege, Familienhilfe, Kinderbetreuung, Beratungsdienste im sozialen Bereich und sonstige Hilfen und widmet sich damit mildtätigen Zwecken in sozialen Bereichen.

Er erstrebt – je nach Gegebenheit – eine Mitarbeiterschaft aus haupt-, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten an.

Die Arbeit des Vereins ist offen für alle Hilfesuchenden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Rasse oder Weltanschauung. Auf Leistungen des Vereins besteht kein Rechtsanspruch.

§ 4 Selbstlose Tätigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 5 Mittelverwendung

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 6 Verbot von Begünstigungen

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden.

§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft

Vereinsmitglieder können natürliche Personen oder juristische Personen werden.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/ Bewerberin die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig über den Antrag entscheidet.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Auflösung der juristischen Person.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein, die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist.

Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig. Dem Mitglied bleibt die Überprüfung der Maßnahme durch Anrufung der ordentlichen Gerichte vorbehalten. Die Anrufung hat aufschiebende Wirkung bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung.

§ 9 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung. **10 Organe des Vereins**

§ 10 Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

§ 11 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere die

- a) Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstands, Wahl des/der Kassenprüfer(in), Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen, sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.
- b) Die Mitgliederversammlung findet im ersten Halbjahr eines Geschäftsjahres statt.
- c) Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
- d) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Einladung erfolgt durch Bekanntgabe in der aktuellen Monats-Ausgabe des „Bernauers“ und mittels Plakatanschlag in den Anschlagstafeln der Gemeinde.
- e) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Mitgliederversammlung bekanntzumachen.
- f) Anträge über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits vor der Versammlung zugegangen sind, können erst bei der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- g) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- h) Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet.
- i) Zu Beginn ist ein Schriftführer zu wählen.
- j) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.
- k) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- l) Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- m) Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht
- n) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 12 Vorstand

Der Vorstand im Sinn des § 26 BGB besteht aus dem/der 1. und 2. Vorsitzenden und dem/der Kassier/in. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils einzeln. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand kann einen Geschäftsführer bestellen.

Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

§ 13 Erweiterter Vorstand

Dem Vorstand können als weitere Mitglieder bis zur sechs Beisitzer zur Seite gestellt werden.

Die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Mitglieder des erweiterten Vorstands sind jedoch im Unterschied zum Vorstand nach § 12 nicht vertretungsberechtigt. Beisitzer können verschiedene Funktionen innerhalb des Vorstands wahrnehmen. Dies können u. a. sein:

- Übernahme eines bestimmten Fach-/Aufgabengebiets (z.B. Erstellung von Spendenbescheinigungen, Schriftföhrtätigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Funktion eines Fachexperten oder Know-how-Trägers
- Der Zeugwart
- Die Einsatzleiterin

§ 14 Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr eine/n Kassenprüfer/in. Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein.

Wiederwahl ist zulässig.

§ 15 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des **Vereins der Stiftung für Bernau a. Ch. an, die das gesamte Vermögen sozialen u mildtätigen Zwecken im Gemeindebereich Bernau a. Ch., gemäß Ziffer 2 der Stiftungszwecke zu verwenden hat.**

Bernau, den